

# Wochenbericht

## Neue Chancen für Frauen in Nachkriegs-Gesellschaften? Der Fall Ruanda

Seite 2

Bei dem Genozid in Ruanda 1994 starben mehr Männer als Frauen. Dies hat tiefgreifende Veränderungen in den Geschlechterrollen ausgelöst. Viele Witwen sind zu Haupternährern ihrer Haushalte geworden – in dieser Hinsicht ähneln sie den deutschen Trümmerfrauen nach dem Zweiten Weltkrieg.

Von **Kati Schindler**

## Das Erbe des Bürgerkrieges in Mosambik: Landbevölkerung verharrt in Armut

Seite 6

Vor zwei Jahrzehnten ging der Bürgerkrieg in Mosambik zu Ende. Für die Landbevölkerung hat der Wiederaufbau nicht den erhofften wirtschaftlichen Aufschwung gebracht. Stattdessen scheint der kleinbäuerliche Agrarsektor in einer Entwicklungsfalle gefangen zu sein.

Von **Lena Giesbert und Kati Schindler**

## „Die Trümmerfrauen von Ruanda – wie der Bürgerkrieg das Rollenbild verändert hat “

Seite 10

**Sieben Fragen an Kati Schindler**

## Krieg, Frieden und Entwicklung – und die Lehren für Afghanistan

Seite 11

In Afghanistan ist es möglicherweise bereits zu spät, das Land mit westlicher Hilfe zu befrieden und politisch und wirtschaftlich aufzubauen. Der Westen wird stattdessen alternative Modelle für sein militärisches und wirtschaftliches Engagement in der Region finden müssen. Dafür steht eine große Zahl von Erfahrungen anderer kriegszerstörter Entwicklungsländer bereit. Diese haben gezeigt: Kriege können nachhaltig überwunden werden, wenn Sicherheit, Politik und Wirtschaft gleichberechtigt aufgebaut werden.

Von **Tilman Brück**

## Eine neue Strategie für Afghanistan

Seite 20

**Kommentar von Tilman Brück**

# Neue Chancen für Frauen in Nachkriegs-Gesellschaften? Der Fall Ruanda

*Gewalttätige Konflikte behindern die wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung eines Landes erheblich. Allerdings können Konflikte auch Auslöser für gesellschaftliche Veränderungen sein. Dieser Wochenbericht untersucht am Beispiel Ruandas, wie Frauen nach einem gewalttätigen Konflikt neue wirtschaftliche Verantwortlichkeiten übernehmen.<sup>1</sup> In dem kleinen zentralafrikanischen Binnenstaat wurde 1994 ein Genozid verübt, bei dem mehr Männer als Frauen ums Leben kamen. Dies wirkte sich auf unterschiedliche Weise auf die Frauen aus. Viele Witwen wurden zu Haupternährern ihres Haushalts und übernahmen neue wirtschaftliche Aufgaben. Im Gegensatz dazu entsprechen sowohl verheiratete als auch ledige Frauen weiter der traditionellen Frauenrolle in Ruanda. Für letztere könnte dies eine Strategie sein, um ihre Heiratschancen zu verbessern.*

Ruanda verzeichnet eine lange Geschichte gewalttätiger Konflikte. Die deutsche Kolonialverwaltung und später die Belgier – die Ruanda nach dem Ersten Weltkrieg bis 1962 regierten – schürten die Spannungen zwischen den beiden größten ethnischen Gruppen, den Hutu (der Mehrheit) und den Tutsi (der Minderheit). Nachdem Ruanda 1962 unter einer Hutu-geführten Regierung unabhängig geworden war, wurden Tutsi Opfer mehrerer Gewaltausbrüche zwischen den Volksgruppen. Der Konflikt erreichte 1994 seinen Höhepunkt, als extremistische Hutu-Milizen, die ruandische Armee und Polizei einen Genozid an den Tutsi begingen.<sup>2</sup> Der Konflikt gilt als einer der schwerwiegendsten gewalttätigen Konflikte seit Ende des Kalten Krieges.

Innerhalb von nur 100 Tagen wurden zwischen 500 000 und einer Million Menschen getötet – rund zehn Prozent der Bevölkerung Ruandas.<sup>3</sup> Dabei kamen mehr Männer als Frauen ums Leben, was nach dem Genozid zu einem Männermangel in der Bevölkerung führte.<sup>4</sup> Die Geschlechterverteilung (also das Verhältnis von männlichen zu weiblichen Personen) sank drastisch für Geburtsjahrgänge, die vor 1983 geboren worden waren (Abbildung). Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass sich die Gewalt während des Konflikts besonders gegen Männer richtete. Für die vor 1948 geborenen Jahrgänge kann der Rückgang des Männeranteils auch auf eine geringere Lebenserwartung von Männern hindeuten, die es bereits vor dem Genozid gab.

---

<sup>1</sup> Die diesem Wochenbericht zugrunde liegende Forschung wurde gefördert durch das United States Institute of Peace (USIP). Die hier vertretene Meinung, Ergebnisse, Schlussfolgerungen und Empfehlungen sind allein der Autorin zuzuschreiben und geben nicht notwendigerweise den Standpunkt von USIP wieder.

<sup>2</sup> Desforges, A.: *Leave None to Tell the Story: Genocide in Rwanda*. New York 1999. Prunier, G.: *Rwanda: le genocide*. Paris 1999.

<sup>3</sup> Desforges, A.: a. a. O. Prunier, G.: a. a. O. *African Rights: Rwanda: Not so Innocent – When Women Become Killers*. Kigali 1995.

<sup>4</sup> De Walque, D., Verwimp, P.: *The Demographic and Socio-economic Distribution of Excess Mortality during the 1994 Genocide in Rwanda*. *Journal of African Economies*, 19 (2), 2010, 141–162. Ministry for Local Government: *The Counting of the Genocide Victims: Final Report*. Kigali 2002.

Insgesamt hat der Genozid die demografische Struktur der Gesellschaft Ruandas erheblich verändert. Einerseits stieg die Zahl der Witwen sowie der ledigen und geschiedenen Frauen nach dem Genozid rapide an. Der Anteil der Haushalte unter weiblicher Führung wuchs zwischen 1992 und 2000 von 19 Prozent auf 37 Prozent.<sup>5</sup> Auf der anderen Seite hatte der Männermangel auch erhebliche sozioökonomische Folgen. Viele Frauen wurden plötzlich zu Haushaltsvorständen – was das kulturelle Ideal infrage stellte, wonach den ruandische Frauen die Rolle der Fürsorgerin und Männern die Rolle des Ernährers zugewiesen wird.

Wie hat sich der Genozid also auf die Arbeitsteilung innerhalb von Haushalten in Ruanda in der Nachkriegszeit ausgewirkt?<sup>6</sup> Und wie haben sich die geschlechtsspezifischen Aufgaben im Haushalt verändert, nachdem die ruandische Gesellschaft vom Genozid heimgesucht worden war?<sup>7</sup>

## Frauen haben eine höhere Arbeitsbelastung als Männer

Die Studie basiert auf der Enquête Intégrale sur les Conditions de Vie de Ménage (EICV), einer umfangreichen Haushaltsbefragung, die das Nationale Statistikinstitut Ruandas 2005/2006 durchgeführt hat.<sup>8</sup>

<sup>5</sup> Diese Zahlen wurden anhand der Rwanda Demographic and Health Surveys von 1992 und 2000 berechnet. Die beiden Haushaltsbefragungen basieren auf einer national repräsentativen Stichprobe von Frauen im Alter von 15–49 Jahren.

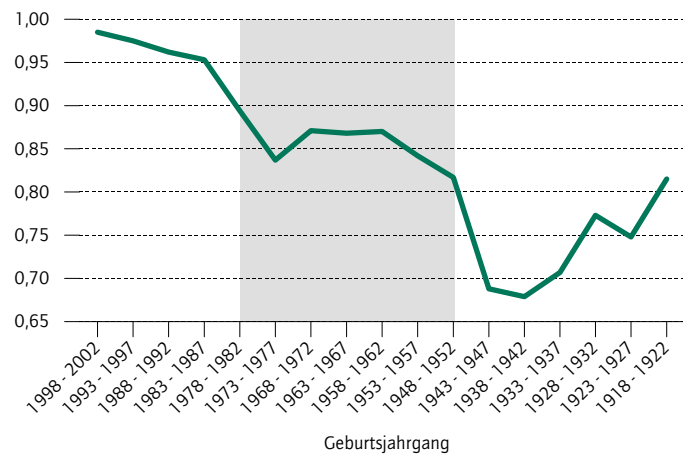
<sup>6</sup> Schindler, K.: Who does what in a household after genocide? Evidence from Rwanda. DIW Discussion Paper, 1072, 2010.

<sup>7</sup> Haushaltsbefragungen zur Zeitznutzung wurden erst nach dem Genozid durchgeführt. Ein unmittelbarer Vergleich von Zeitznutzung und Geschlechterrollen für die Zeiträume vor und nach dem Genozid ist daher nicht möglich.

<sup>8</sup> Die Stichprobe umfasst 6900 Haushalte, die repräsentativ für alle Provinzen Ruandas ist. Es wurden Informationen zu allen Haushaltsmit-

Abbildung

## Geschlechterverhältnis nach Geburtsjahrgängen in Ruanda



Geschlechterverhältnis (Relation von männlichen zu weiblichen Personen) bezieht sich auf das Jahr 2002 und wird für verschiedene Geburtsjahrgänge angezeigt.

Quelle: Zensus 2002; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2011

**Es gibt einen Mangel an Männern** nach dem Völkermord. Männer, die zwischen 1948 und 1982 geboren wurden, scheinen am stärksten von der Gewalt betroffen gewesen zu sein.

Frauen und Männer im ländlichen Ruanda verbringen ihre Zeit sehr unterschiedlich (Tabelle 1). So wendet die Ehefrau eines Haushaltsvorstands im Durchschnitt 24,3 Wochenstunden für Tätigkeiten im Haushalt auf wie Kochen, Saubermachen und Kinderbetreuung. Ein männlicher Haushaltsvorstand

gliedern und deren sozio-ökonomischen Merkmalen erhoben, darunter Alter, Gesundheitszustand, Ausbildung, Familienstand sowie Vermögen, wirtschaftliche Aktivitäten und Zeitznutzung. Zeitznutzung ist ein relativ neues Forschungsgebiet in der Entwicklungsökonomie. Menschen können nicht nur hinsichtlich ihres Einkommens und Besitzes arm sein, sondern auch in Hinblick auf ihre Zeit. Siehe z. B. Blackden, M. C., Wodon, Q. (Hrsg.): Gender, time use, and poverty in Sub-Saharan Africa. World Bank Working Paper, 73, 2006.

Tabelle 1

## Zeitznutzung nach Haushaltsposition

	Hausarbeit (Wochenstunden)		Erwerbsarbeit (Wochenstunden)			Alle Aktivitäten (Wochenstunden)	Stichproben-größe
	Im Haus	Außerhalb des Hauses	Auf eigenem Land	Bezahlte Feldarbeit	Außerhalb der Landwirtschaft		
Männlicher Haushaltsvorstand	6,5	5,7	21,6	22,2	35,3	36,1	3 410
Witwe als Haushaltsvorstand	16,6	6,5	20,7	17,8	20,2	43,8	997
Ehefrau des Haushaltsvorstands	24,3	8,0	22,4	15,7	21,7	53,9	3 328
Anderer erwachsener Mann	6,6	6,9	23,5	33,6	42,2	40,7	1 356
Andere erwachsene Frau	17,1	8,1	21,6	19,6	31,2	48,9	1 460
Jugendlicher (Junge)	8,6	8,4	24,0	42,5	42,9	40,1	523
Jugendliche (Mädchen)	17,1	10,0	20,5	18,3	34,4	46,7	533
Durchschnitt	17,7	7,4	22,0	22,7	33,5	44,8	

Ergebnisse sind gewichtet. Stichprobe: wirtschaftlich aktive Personen im Alter ab 12 Jahren, die im ländlichen Ruanda leben. Nicht alle Personen beteiligen sich an allen Aktivitäten.

Quelle: EICV 2005/2006; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2011

**Frauen verbringen mehr Zeit mit Hausarbeit als Männer.** Außerdem haben Frauen eine höhere Gesamtarbeitsbelastung.

Tabelle 2

**Zeitnutzung nach Haushaltstyp**

	Hausarbeit (Wochenstunden)	Erwerbsarbeit (Wochenstunden)	Alle Aktivitäten (Wochenstunden)	Stichproben- größe
Männlicher Haushaltsvorstand	7,7	32,2	36,1	3 413
Witwe als Haushaltsvorstand	21,2	24,7	43,6	997
Männliches Mitglied in einem Haushalt mit männlichem Vorstand	12,3	35,6	41,7	1 207
Männliches Mitglied in einem Haushalt mit einer Witwe als Vorstand	10,0	33,5	38,4	669
Weibliches Mitglied in einem Haushalt mit männlichem Vorstand	29,4	25,9	52,6	4 592
Weibliches Mitglied in einem Haushalt mit einer Witwe als Vorstand	23,0	27,1	47,3	729

Ergebnisse sind gewichtet. Stichprobe: wirtschaftlich aktive Personen im Alter ab 12 Jahren, die im ländlichen Ruanda leben. Nicht alle Personen beteiligen sich an allen Aktivitäten.

Quelle: EICV 2005/2006; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2011

**Die Zeitnutzung unterscheidet sich in Haushalten, je nachdem ob ein Mann oder eine Witwe Haushaltsvorstand ist.**

widmet sich durchschnittlich knapp 18 Wochenstunden weniger diesen Aufgaben.

Das Gegenteil gilt für die Erwerbsarbeit. Sowohl bei der bezahlten Feldarbeit als auch außerhalb der Landwirtschaft (etwa im öffentlichen Dienst und im Handel) sind Männer aktiver als ihre Ehefrauen. Die Feldarbeit auf dem haushalts-eigenen Land (vor allem der Anbau von Feldfrüchten für den eigenen Verbrauch) teilen sich Frauen und Männer zu gleichen Teilen, wobei jeder dieser Tätigkeit etwa 22 Stunden pro Woche widmet.

Dasselbe Muster bei der Arbeitsteilung findet sich quer durch alle Altersgruppen wieder. Ehefrauen, Mädchen und andere erwachsene weibliche Haushaltsmitglieder haben eine wesentlich höhere Gesamtarbeitsbelastung als ihre männlichen Altersgenossen.

**Witwen haben einen Sonderstatus**

Betrachtet man die Zeitnutzung von Witwen genauer, so passt diese nicht in die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, wie man sie in Haushalten findet, die aus Ehemann, Ehefrau und Kindern bestehen.<sup>9</sup> Verglichen mit solchen „typischen“ Haushalten verbringt eine Witwe als Haushaltsvorstand im Durchschnitt 13,5 Stunden pro Woche mehr mit haushaltsbezogenen Aufgaben als ein männlicher Haushaltsvorstand (Tabelle 2). Gleichzeitig verrichtet sie durchschnittlich 7,5 Stunden weniger Erwerbsarbeit. Demnach weicht ihre Zeitnutzung von der eines typischen männlichen Haushaltsvorstands ab. Dennoch verbringt eine Witwe, die dem Haushalt vorsteht, weniger Zeit mit haushaltsbezogenen Aufgaben als eine Ehefrau (Tabelle 1).

<sup>9</sup> Die EICV-Befragung erhebt weder Todesdatum noch Todesursache des Ehemanns. Daher ist es nicht möglich, zwischen Kriegswitwen und anderen Witwen zu unterscheiden (z. B. AIDS-Witwen). Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass die Mehrzahl der Witwen ihren Mann während des Genozids verloren hat.

Die Zeitnutzung von Witwen, die einen Haushalt führen, bewegt sich also zwischen der typischen Rolle einer Ehefrau und der Ernährerrolle eines männlichen Haushaltsvorstands.

Interessanterweise weicht in einem Haushalt mit einer Witwe als Vorstand nicht nur ihre eigene Zeitnutzung, sondern auch die anderer Haushaltsmitglieder ab (Tabelle 2). Weibliche Haushaltsmitglieder, die in Witwen-geführten Haushalten leben, arbeiten weniger in haushaltsbezogenen Tätigkeiten als in Haushalten mit einem männlichen Vorstand. Männliche Haushaltsmitglieder, die in Witwen-geführten Haushalten leben, verbringen weniger Zeit in Erwerbsarbeit als ihre Altersgenossen, die in Haushalten mit einem männlichen Vorstand leben.

Dies ist erstaunlich: Da eine ruandische Witwe im Durchschnitt weniger verdient als ein männlicher Haushaltsvorstand, wäre zu erwarten gewesen, dass männliche Haushaltsmitglieder stärker zur Verantwortung gezogen werden.<sup>10</sup>

**Wirtschaftliche Nöte machen Frauen zu Ernährern**

Arbeiten Ehefrauen weniger im Marktsektor als ihre Ehemänner, weil sie weniger gebildet sind? Verbringen Witwen weniger Zeit mit haushaltsbezogenen Aufgaben als Ehefrauen, weil sie weniger Kinder haben, um die sie sich kümmern müssen? Mittels einer multivariaten ökonometrischen Analyse<sup>11</sup> kann berücksichtigt werden, dass Personen und Haushalte sich in ihren

<sup>10</sup> Etwa zeigt eine Studie zu Mexiko, dass Männer in Haushalten mit einem weiblichen Haushaltsvorstand mehr arbeiten, um die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede auszugleichen. Cunningham, W.: Breadwinner or Caregiver? How Household Role Affects Labor Choices in Mexico. World Bank Policy Research Working Paper, 2743, 2001.

<sup>11</sup> Zu Einzelheiten des ökonometrischen Ansatzes siehe Schindler, K.: Who does what in a household after genocide? Evidence from Rwanda. DIW Discussion Paper, 1072, 2010.

Voraussetzungen unterscheiden, etwa in Bezug auf Ausbildung, Alter, Vermögen oder Haushaltsgröße. Eine solche Analyse ermöglicht ein besseres Verständnis der Faktoren, die hinter der geschlechtsbezogenen Arbeitsteilung stehen. Die ökonometrische Analyse führt zu drei wichtigen Erkenntnissen.

Erstens: Unterschiedliche Faktoren legen fest, wer welche Aufgaben in unterschiedlichen Haushaltstypen übernimmt. Haushalte, die nach dem traditionellen Modell zusammengesetzt sind – also mit einem männlichen Haushaltsvorstand, seiner Ehefrau, Kindern und weiteren Mitgliedern – verbleiben in den traditionellen ruandischen Geschlechterrollen: In diesen Haushalten kümmern sich Frauen um den Haushalt und die Feldarbeit, selbst wenn man ihre Ausbildung in Betracht zieht. Insbesondere Witwen gehen mehr der Erwerbsarbeit nach als verheiratete Frauen. Demnach scheint es so zu sein, dass restriktive weibliche Geschlechterrollen innerhalb des Haushalts durch die kriegsbedingte Veränderung der Zusammensetzung der Haushalte aufgeweicht werden. Viele Witwen sind gezwungen, die Rolle des Ernährers und Entscheiders in ihrem Haushalt von ihrem verstorbenen Ehemann zu übernehmen.

Eine zweite Hypothese ist, dass Ruf und Ansehen einer Person in der Gemeinschaft davon abhängen, inwieweit sie ihre Geschlechterrolle erfüllt. Demnach haben Geschlechterrollen stärkere Auswirkungen auf öffentliche Aktivitäten – die also sichtbar für Nachbarn sind – als solche, die in den eigenen vier Wänden stattfinden. Die Ergebnisse der ökonometrischen Analyse stützen diese Hypothese indes nicht: Geschlechterrollen haben ähnliche Auswirkungen auf Aktivitäten in unterschiedlichen Lebensbereichen. Männer und Frauen entsprechen ihren Geschlechterrollen, sowohl zu Hause als auch bei öffentlich stattfindenden Aktivitäten. Das Maß an Sichtbarkeit einer Aktivität für die Mitglieder der Gemeinschaft hat demnach keinen Einfluss darauf, wie Männer und Frauen ihre Arbeit teilen.

Drittens wirkt sich die Verfügbarkeit potentieller Partner auf dem Heiratsmarkt stark auf die Zeitznutzung von Mann und Frau aus.<sup>12</sup> Frauen verbringen mehr Zeit mit „typisch weiblichen“ Aktivitäten, wenn sie in

einer Region leben, in der ein Mangel an heiratsfähigen gleichaltrigen Männern herrscht. Dieser Effekt ist besonders stark bei jungen, ledigen Frauen ausgeprägt. Es ist anzunehmen, dass diese Frauen ihre Position auf dem Heiratsmarkt verbessern können, wenn sie sich dem ruandischen weiblichen Ideal der Fürsorgerin anpassen.

## Fazit

Der Genozid in Ruanda im Jahre 1994 hatte und hat noch immer Auswirkungen auf Frauen. Für verheiratete Frauen hat sich wenig geändert: Sie kümmern sich weiterhin um haushaltsbezogene Aufgaben und die Subsistenzwirtschaft. Auch junge ledige Frauen beschäftigen sich intensiv mit „typisch weiblichen“ Aktivitäten. Allerdings sehen sich ledige Frauen einem Mangel an potentiellen Partnern ähnlichen Alters auf dem Heiratsmarkt gegenüber. Dies könnte ein Grund dafür sein, warum diese Frauen eher dem weiblichen Ideal in Ruanda entsprechen als andere Frauen. Für Witwen hingegen haben sich seit Ende des Konflikts neue wirtschaftliche Chancen eröffnet. Sie befassen sich stärker mit Erwerbsarbeit als andere Frauen. Allerdings rührt ihre größere wirtschaftliche Verantwortung vor allem daher, dass sie den wirtschaftlichen Beitrag ihres verstorbenen Ehemannes ersetzen müssen. Aus makroökonomischer Sicht ist es für Ruandas Wirtschaft positiv, wenn sich Frauen aktiver an der Erwerbstätigkeit beteiligen. Dadurch vergrößert sich das Potential an Arbeitskraft, Fertigkeiten und Talenten.

Es lässt sich festhalten, dass es bisher keine Belege dafür gibt, dass der Genozid per se zu einer flexibleren geschlechtlichen Arbeitsteilung geführt hat. Stattdessen scheint es, dass Rollen und Verantwortlichkeiten innerhalb von Haushalten mit einer Witwe als Vorstand umorganisiert wurden, um das Fehlen des männlichen Ernährers zu kompensieren. In dieser Hinsicht ähneln die ruandischen Witwen den deutschen Trümmerfrauen nach dem Zweiten Weltkrieg.

Ein Thema für zukünftige Forschung ist es, zu untersuchen, ob die Veränderungen in den Geschlechterrollen dauerhaft sind. Dazu können die Jahrgänge betrachtet werden, die nach dem Genozid geboren wurde – in der keine unausgewogene Geschlechterverteilung mehr besteht.

<sup>12</sup> Der Heiratsmarkt wird durch die Geschlechterverteilung in der Kohorte potentieller Partner und in der Provinz einer Person modelliert. Dazu werden Zensusdaten herangezogen.

**JEL Classification:**  
J12, J22, O12

**Keywords:**  
Gender roles,  
Rwanda,  
Time allocation,  
Violent conflict

# Das Erbe des Bürgerkrieges in Mosambik: Landbevölkerung verharret in Armut

Lena Giesbert  
giesbert@giga-hamburg.de

Kati Schindler  
kschindler@diw.de

*Wie bewältigen Haushalte den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach einem Krieg? Sind einige Gruppen ländlicher Haushalte in einer Armutsfalle gefangen, während andere der Armut entfliehen können? Diese Fragen werden hier am Beispiel von Mosambik diskutiert, wo kurz nach der Unabhängigkeit im Jahr 1975 ein Bürgerkrieg entbrannte, der bis 1992 andauerte. Die Studie betrachtet den Wohlstand der ländlichen Bevölkerung, die rund zwei Drittel der Gesamtbevölkerung Mosambiks ausmacht, ein Jahrzehnt nach Ende des Bürgerkrieges. Sowohl Einkommen als auch Vermögen sind noch immer sehr gering, Armut ist weit verbreitet. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass sich einzelne Bevölkerungsgruppen in einer „Armutsfalle“ befinden. Vielmehr scheint der gesamte ländliche Agrarsektor in einer Entwicklungsfalle zu stecken. Die Aussichten auf einen verbesserten Lebensstandard in ländlichen Regionen sind insgesamt gering. Dies scheint das langfristige Erbe des Bürgerkriegs zu sein, der einerseits in großem Umfang Vermögen vernichtet hat und andererseits das Wohlstandsgefälle zwischen Stadt und Land vergrößert hat.*

In Mosambik begann die Phase gewaltsamer Konflikte in den 60er Jahren mit dem Kampf um die Unabhängigkeit. Als Mosambik 1975 die Unabhängigkeit von Portugal erlangte, zählte der afrikanische Staat zu den ärmsten Ländern der Welt. Die Regierung unter der Führung der ehemaligen Befreiungsbewegung FRELIMO (Frente de Libertação de Moçambique, Mosambikanische Befreiungsfront) verfolgte einen sozialistischen Entwicklungspfad. Die Nachbarländer Südafrika und Rhodesien, beide unter der Führung weißer Minderheitenregime, fürchteten, dass die FRELIMO schwarze Befreiungsbewegungen in ihren Ländern unterstützen würde. Sie griffen Mosambik militärisch an und unterstützten seit Ende der 70er Jahre die Gründung der mosambikanischen Rebellenorganisation RENAMO (Resistência Nacional Moçambicana, Nationaler Widerstand Mosambik).

Im Verlauf des Bürgerkriegs emanzipierte sich die RENAMO zunehmend von ihren ehemaligen Unterstützern. Mit Terror versuchte die RENAMO, die Unterstützung für die FRELIMO-Regierung in der Bevölkerung zu untergraben.<sup>1</sup> Ziele von RENAMO-Angriffen waren vor allem öffentliche Institutionen sowie bessergestellte Personen. Über eine Million Menschen kamen ums Leben und geschätzte fünf Millionen Menschen flüchteten aus den ländlichen Gebieten, wo die meisten Kriegshandlungen stattfanden.<sup>2</sup> Da weder die FRELIMO noch die RENAMO einen Sieg mit militärischen Mitteln erreichen konnten, nahmen beide Konfliktparteien im Jahr 1989 Friedensverhandlungen auf. Ein Friedensabkommen wurde 1992 in Rom unterzeichnet. Bei Wahlen in der Nachkriegszeit wurde die FRELIMO in der Regie-

<sup>1</sup> Vines, A.: RENAMO: From Terrorism to Democracy in Mozambique? York, 1996. Wilson, K.B.: Cults of Violence and Counter-Violence in Mozambique. *Journal of Southern African Studies*, 18 (3), 1992, 527–582.

<sup>2</sup> Hanlon, J.: Peace without profit: How the IMF blocks rebuilding in Mozambique. Oxford, 1996. Synge, R.: Mozambique: UN Peacekeeping in Action 1992–1994. Washington, D.C., 1997.

rung bestätigt. Die FRELIMO ist auch 2011 noch die amtierende Regierungspartei in Mosambik.

Nach dem Friedensschluss kehrten viele Flüchtlinge in ländliche Gebiete zurück, die sie häufig verwüstet vorfanden.<sup>3</sup> Bei Kriegsende waren 60 Prozent der Grundschulen geschlossen oder zerstört. 40 Prozent der Infrastruktur wie Bewässerungssysteme, Geschäfte und Verwaltungsgebäude waren nicht mehr nutzbar.<sup>4</sup> Etwa die Hälfte aller Straßen war unpassierbar.<sup>5</sup> Außerdem hatten beide Kriegsparteien Landminen um öffentliche Gebäude und entlang von Straßen und Fußwegen verlegt, die noch Jahre nach Kriegsende zu Toten und Verletzten führten.<sup>6</sup> Viele ländliche Haushalte hatten ihre Produktionsgüter verloren. Menschen, die geflohen waren, hatten häufig auch ihr Eigentum zurückgelassen. Und einem Großteil derjenigen, die während des Krieges in ländlichen Gebieten geblieben waren, wurden Lebensmittelreserven, Besitz und Vieh geplündert. So sank etwa die Zahl der Rinder von 1,3 Millionen im Jahr 1980 auf 250 000 in der Nachkriegszeit.<sup>7</sup>

### Ist der wirtschaftliche Wiederaufbau erfolgreich?

Im Zentrum unserer Analyse steht die Frage, wie Haushalte angesichts der massiven Vernichtung von Wirtschaftsgütern den Wiederaufbau bewältigen.<sup>8</sup> Gibt es einzelne Gruppen von Haushalten, die in einer Armutsfalle gefangen sind?

Auf den ersten Blick widersprechen sich die Belege: Einerseits haben sich makroökonomische Indikatoren für Mosambik nach dem Krieg stetig verbessert. Programme zur Strukturanpassung wurden Ende der 80er Jahre umgesetzt, um die Makroökonomie zu stabilisieren.<sup>9</sup> Dank umfangreicher Entwicklungshilfe wurde investiert in Infrastruktur, Bildungswesen und Gesundheitssektor. So stieg zwischen 1992 und 2004 die Zahl der Grundschüler um 174 Prozent,

die der Schüler weiterführender Schulen sogar um 537 Prozent.<sup>10</sup>

Die ländlichen Gebiete, wo die Mehrheit der Bevölkerung lebt, haben indes weniger von diesen Verbesserungen profitiert. Zwar stieg das mittlere Einkommen von ländlichen Haushalten zwischen 1995 und 2001 um 30 Prozent.<sup>11</sup> Doch ist dieser Anstieg vor allem auf günstige Marktpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Jahr 2001 zurückzuführen. Die Produktivität von Kleinbauern stagnierte während dieser Zeitspanne auf einem niedrigen Niveau.<sup>12</sup>

Um die wirtschaftliche Lage von ländlichen Haushalten genauer zu untersuchen, haben wir zwei Wellen der Haushaltsbefragung Trabalho de Inquérito Agrícola (TIA) analysiert, die 2002 und 2005 vom mosambikanischen Landwirtschaftsministerium durchgeführt wurden. Jede Umfrage ist repräsentativ für Haushalte im ländlichen Mosambik (nicht befragt wurden Großbetriebe).

### Vermögen und Einkommen hängen zusammen

Insgesamt ging die Armut der ländlichen Haushalte im beobachteten Zeitraum leicht zurück: Im Jahr 2002 waren 80 Prozent der Haushalte arm, während es 2005 nur 76 Prozent waren (Tabelle).<sup>13</sup> Haushalte, die eine große Landfläche bebauen, hatten in beiden Jahren ein wesentlich höheres Einkommen pro Person und waren seltener arm als Haushalte, die nur eine kleine Anbaufläche bebauen. Diese Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung von Landnutzung als Schlüsselvoraussetzung für die Landwirtschaft in Mosambik. Außerdem scheinen Kenntnisse über Märkte und Preise sowie Bildung eine größere Bedeutung zu erlangen. Unter Haushalten, die ein Radio besitzen,

<sup>3</sup> Wilson, K.B.: Internally Displaced, Refugees and Returnees from and in Mozambique. Studies on Emergencies and Disaster Relief, 1, 1994.

<sup>4</sup> Brück, T.: Mozambique: The Economic Effects of the War. In: Stewart, F., E.V.K. FitzGerald (Hrsg.): War and Underdevelopment. Oxford, 2001, 56–88.

<sup>5</sup> Arndt, C., Jones, S., Tarp, F.: Aid and Development: The Mozambican Case. University of Copenhagen, Department of Economics Discussion Papers, 06-13, 2006.

<sup>6</sup> Ascherio, A., et al.: Deaths and injuries caused by land mines in Mozambique, The Lancet, 346, 1995, 721–24.

<sup>7</sup> Brück, T.: Mozambique: The Economic Effects of the War. In: Stewart, F., FitzGerald, E.V.K. (Hrsg.): War and Underdevelopment. Oxford, 2001, 56–88.

<sup>8</sup> Giesbert, L., Schindler, K.: Assets, shocks, and poverty traps in rural Mozambique. DIW Discussion Paper, 1073, 2010.

<sup>9</sup> Hanlon, J.: Peace without profit: How the IMF blocks rebuilding in Mozambique. Oxford, 1996.

<sup>10</sup> Arndt, C., Jones, S., Tarp, F.: Aid and Development: The Mozambican Case. University of Copenhagen, Department of Economics Discussion Papers, 06-13, 2006.

<sup>11</sup> Boughton, D., et al.: Changes in Rural Household Income Patterns in Mozambique, 1996–2002, and Implications for Agriculture's Contribution to Poverty Reduction. Republic of Mozambique, Ministry of Agriculture and Rural Development, Directorate of Economics Research Paper Series, 61E, 2006.

<sup>12</sup> Datt, G., et al.: Determinants of Poverty in Mozambique: 1996–97. FCND Discussion Paper, 78, 2000.

<sup>13</sup> Das hier festgestellte Vorkommen von Armut ist höher als bei Studien, die auf Konsumdaten von Haushalten zurückgreifen (welche bei den TIA-Befragungen nicht erfasst werden). Dies ist auf die Tendenz von Haushalten zurückzuführen, in Befragungen Einkommen eher niedriger anzugeben als Konsumausgaben, auf größere saisonale Schwankungen beim Einkommen als beim Konsum sowie auf die Tatsache, dass Konsumausgaben üblicherweise mit Einzelhandelspreisen bewertet werden, während wir das Einkommen aus der Landwirtschaft mit (niedrigeren) Produzentenpreisen bewerten. Daher liegt der Fokus hier weniger auf dem absoluten Ausmaß der Armut, sondern vielmehr auf Veränderungen der Armut im Laufe der Zeit sowie auf Unterschieden zwischen Gruppen von Haushalten.

Tabelle

**Armutsprofil**

		Bevölkerungsanteil (in Prozent)		Durchschnittseinkommen pro Haushalt pro Erwachsenenäquivalent (in Euro <sup>1</sup> )		Armutsanteil (in Prozent)	
		2002	2005	2002	2005	2002	2005
Alle Haushalte		100	100	76,1	91,8	80	76
Haushalt bebaut mehr als 0,5 Hektar Land	ja	28	44	108,8	111,6	71	72
pro Erwachsenenäquivalent	nein	71	55	63,2	73,9	83	79
Haushalt besitzt Vieh	ja	77	69	78,4	96,7	79	74
	nein	23	31	67,9	77,2	81	80
Haushalt besitzt ein Fahrrad	ja	24	32	97,3	94,1	71	70
	nein	76	68	69,6	89,3	83	79
Haushalt besitzt ein Radio	ja	51	53	94,7	117,6	74	67
	nein	49	47	5,7	59,9	86	86
Haushalt verwendet Dünger und Pestizide	ja	15	11	107,5	127,3	74	68
	nein	85	89	70,8	86,6	81	77
Haushaltsvorstand verfügt über Ausbildung	ja	60	65	87,4	103,0	76	73
	nein	39	34	58,7	67,5	86	82
Haushalt ist Mitglied einer Vereinigung	ja	4	6	103,6	157,1	76	68
	nein	96	93	74,8	85,7	80	77

1 Zu konstanten Werten 2005.

Ergebnisse sind gewichtet mit Populationsgewichten und inversen Wahrscheinlichkeitsgewichten. Offizielle, regionsweise auf Lebensmittel bezogene Armutsgrenzen werden verwendet. Haushaltseinkommen ist pro Erwachsenenäquivalent berechnet, um das Einkommen über Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung hinweg vergleichbar zu machen.

Quelle: TIA 2002/2005 Panel-Haushalte; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2011

**Eigentümerschaft** ist stark mit Wohlstand korreliert.

tritt Armut um 12 (2002) beziehungsweise 19 (2005) Prozentpunkte seltener auf als unter Haushalten ohne Radio. Ähnlich gilt: Unter Haushalten, deren Vorstand Schulbildung besitzt, ist das Vorkommen von Armut in beiden Jahren um rund zehn Prozentpunkte geringer.

Diese Ergebnisse weisen auf eine starke Verbindung zwischen Einkommen und Vermögen – hier in einem weiten Sinne definiert – hin. Allerdings ist der Kausalzusammenhang dieser Beziehung nicht klar: Einerseits kann Vermögen das Einkommen steigern, etwa indem Tätigkeiten zugänglich werden, die einen Mindesteinsatz an (Human-)Kapital erfordern. Andererseits können Haushalte mit höherem Einkommen ihren Wohlstand in Anlagegüter investieren.

### Keine Belege für eine Armutsfalle für einzelne Bevölkerungsgruppen

Des Weiteren haben wir den Vermögensaufbau der Haushalte im Zeitverlauf analysiert und getestet, ob in Nachkriegs-Mosambik eine Armutsfalle vorliegt.<sup>14</sup> Eine Armutsfalle bedeutet, dass es einen kritischen Vermögenswert gibt, welcher Haushalte oberhalb und

unterhalb dieses Werts in zwei Gruppen teilt. Ein Haushalt oberhalb des kritischen Werts häuft mit der Zeit Vermögen an, da profitable Tätigkeiten und Investitionen zugänglich werden. So gerät der Haushalt in eine Aufwärtsspirale und kann der Armut entkommen. Dagegen ist ein Haushalt unterhalb dieses kritischen Werts zu arm, um Vermögen aufzubauen. Er bliebe auf einem niedrigen Wohlstandsniveau „gefangen“.

Unsere Analyse besteht aus mehreren Schritten:<sup>15</sup> Zunächst haben wir für jeden Haushalt unterschiedliche Vermögensarten (Land, Obstbäume, Vieh, Werkzeuge, Humankapital) zu einem Index zusammengefasst. Als zweites haben wir die Beziehung zwischen dem Vermögensindex eines Haushalts in den Jahren 2002 und 2005 ökonometrisch geschätzt. In einem dritten Schritt berücksichtigten wir den Einfluss von Haushaltsmerkmalen (zum Beispiel das Geschlecht des Haushaltsvorstands), der lokalen Infrastruktur und Klimaschocks auf den Vermögensaufbau eines Haushaltes.

Im Ergebnis konnten wir keine Belege für eine Armutsfalle feststellen. Vielmehr scheinen alle Haushalte im ländlichen Mosambik mittelfristig auf dasselbe Wohlstandsniveau zuzustreben. Erstaunlicherweise

<sup>14</sup> Siehe z. B. Carter, M. R. und Barrett, C. B.: The economics of poverty traps and persistent poverty: An asset-based approach, Journal of Development Studies, 42 (2), 2006, 178–199.

<sup>15</sup> Für eine detaillierte Beschreibung der verwendeten Methoden siehe Giesbert, L., Schindler, K.: a. a. O.

liegt dieses Niveau bei einem extrem niedrigen Einkommen, nur knapp über der Armutsgrenze. Pro Erwachsenen entspricht dies einem Jahreseinkommen von etwa 142 Euro. Insgesamt stellen wir eine relative Stagnation und wenig Differenzierung zwischen Haushalten im ländlichen Mosambik fest. Anders formuliert, gibt es keine Evidenz dafür, dass sich eine einzelne Gruppe von ländlichen Haushalten in einer Aufwärtsspirale befindet.

Unsere Ergebnisse widersprechen damit den meisten anderen empirischen Studien zu afrikanischen Ländern südlich der Sahara, die in der Mehrzahl Evidenz für Armutsfallen finden. Vorsichtig interpretiert, könnte der mosambikanische Bürgerkrieg diese ungewöhnlichen Ergebnisse auf zweierlei Weise erklären: Zum einen könnte es eine Selektion bei der Rückkehr von Flüchtlingen in ländliche Gebiete nach Ende des Bürgerkriegs gegeben haben. Möglicherweise waren die meisten Rückkehrer während des Krieges nicht erfolgreich, sodass sie weniger wirtschaftliche Anreize hatten, in den Städten zu bleiben. Dies würde die geringe Differenzierung zwischen ländlichen Haushalten erklären, während das Wohlstandsgefälle zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung groß ist.

Zudem könnte die massive Vernichtung von Vermögen durch den Krieg die Auswirkungen ungünstiger wirtschaftlicher Bedingungen im ländlichen Mosambik noch verstärkt haben. Hierzu zählen die geringe Bevölkerungsdichte, ein geringer Grad von Marktintegration, hohe Transportkosten, häufig auftretende Naturkatastrophen und sehr wenig Erwerbstätigkeit außerhalb der Landwirtschaft. Es gibt nach unseren

Ergebnissen zwar keine Belege, dass ländliche Haushalte in Armut gefangen sind. Dennoch könnte man aus den Ergebnissen den Schluss ziehen, dass der gesamte kleinbäuerliche Agrar-Sektor im Vergleich zur städtischen Wirtschaft in Armut gefangen ist.

## Fazit

Der langjährige Bürgerkrieg in Mosambik hat die wirtschaftlichen Aktivitäten in ländlichen Gebieten gestört und Vermögen in erheblichem Ausmaß vernichtet. In der unmittelbaren Nachkriegszeit kehrten viele Flüchtlinge aufs Land zurück. Zwar haben sich die makroökonomischen Indikatoren insgesamt verbessert; für den Großteil der ländlichen Bevölkerung blieb der Wiederaufbau jedoch hinter den Erwartungen zurück.

Die Armut ist zwischen 2002 und 2005 leicht gesunken; im regionalen Vergleich bleibt sie aber auf einem hohen Niveau. Überraschenderweise gibt es keine Belege dafür, dass einzelne Gruppen in einer Armutsfalle verharren, während andere Haushalte in eine Wachstumsspirale gelangen und der Armut entfliehen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass ländliche Haushalte auf ein ähnliches – allerdings sehr niedriges – Wohlstandsniveau zusteuern. Dies könnte auf eine allgemeine Entwicklungsfalle des Agrarsektors hindeuten, die ein Erbe des Bürgerkrieges ist. Strukturelle Veränderungen im ländlichen Mosambik sind notwendig, um diese Falle aufzubrechen, zum Beispiel durch verbesserten Zugang zu Märkten und eine höhere Marktintegration.

**JEL Classification:**  
J12, J22, O12

**Keywords:**  
Asset-based approach,  
Mozambique,  
Poverty trap,  
Shocks,  
Violent conflict



## Sieben Fragen an Kati Schindler

# Die Trümmerfrauen von Ruanda – wie der Bürgerkrieg das Rollenbild verändert hat

Dr. Kati Schindler,  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
in der Abteilung Weltwirtschaft  
am DIW Berlin

**Kriege und gewalttätige Konflikte zerstören nicht**

**nur Menschenleben, sondern in der Regel auch die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. So geschehen ist es in Ruanda, das in den 90er Jahren immer wieder negativ in den Nachrichten auftauchte. Frau Schindler, wie groß war im Rückblick der wirtschaftliche Schaden?**

Der Genozid 1994 in Ruanda hat vor allem Menschenleben gekostet. Es gab mindestens 800 000 Tote, das waren rund zehn Prozent der Bevölkerung. Allein dieses Humankapital, das dadurch verloren gegangen ist, das menschliche Trauma, war der größte Schaden. Die wirtschaftlichen Konsequenzen waren eher indirekt, auf der Ebene der Haushalte. Vor allem auf dem Land wurden viele Häuser zerstört, Vermögen ist abhanden gekommen.

**Wenn zehn Prozent der Bevölkerung zu Tode gekommen sind: Hat das die demographische Struktur in Ruanda verändert?**

Ja, das hatte einen sehr großen Einfluss. Ruanda ist dabei ein Sonderfall. Denn hier wurden während des Konfliktes mehr Männer als Frauen umgebracht. Das hat in der Nachkriegszeit zu einem großen Mangel an Männern, gerade im mittleren Alter, geführt.

**Was bedeutete der Bürgerkrieg in Ruanda konkret für die Frauen?**

Zuerst hat es eine ganz große kulturelle Veränderung verursacht. Traditionell ist Ruanda ein Land, in dem die Männer im Haushalt das Sagen haben. Die Männer sind die Entscheidungsträger. Nach dem Genozid sind plötzlich sehr viele Frauen in die Rolle des Haupternährers und des Entscheiders gerückt. Das hat ganz neue Rollenmuster hervorgerufen.

**Was heißt das für die Wirtschaft in Ruanda? Hat sich die Struktur dadurch grundlegend geändert?**

Bislang haben sich Frauen besonders engagiert in der Landwirtschaft. Parallel dazu sind Investitionen in den

Bildungsbereich gestiegen. Mehr Frauen haben Chancen, sich zu qualifizieren. Aber es bleibt trotzdem eine Entwicklung für die Zukunft. Denn noch braucht es mehr Zeit, dass Frauen auch qualifiziertere Tätigkeiten übernehmen.

**Hat der Bürgerkrieg in Ruanda rückblickend das klassische Rollenbild von Mann und Frau verändert?**

Einerseits sind auf der Makroebene sehr große Prozesse abgelaufen. Ruanda hat derzeit den höchsten Frauenanteil im Parlament. Das ist eine sehr positive Entwicklung. Eine ganz andere Situation gibt es auf dem Land. Dort haben zwar viele Frauen die Rolle des Ernährers übernommen. Aber es braucht noch mehr Zeit, um strukturelle Veränderungen einzuleiten, damit Frauen auch auf dem Land stärker in den Vordergrund treten. Das ist bislang noch nicht der Fall, obwohl sie wirtschaftlich einen großen Beitrag leisten.

**Wirkt sich dieser Männermangel und Frauenüberschuss auch ganz konkret in den Haushalten vor Ort aus?**

Hier geht der Trend in zwei Richtungen. Einerseits verhalten sich

die verheirateten Frauen ganz traditionell dem klassischen Rollenbild in Ruanda entsprechend. Andererseits gibt es zwei Gruppen von Frauen, für die Veränderungen anstehen. Das sind einmal die Witwen, die nach dem Krieg in die Rolle der Ernährer gerutscht sind. Die haben ganz neue wirtschaftliche Freiheiten. Unverheiratete Frauen verhalten sich stärker traditionell. Dies könnte eine Strategie sein, um die Chancen auf dem Heiratsmarkt zu erhöhen.

**Wenn Sie von unternehmerischer Verantwortung sprechen: Ist das vergleichbar mit den Trümmerfrauen im Nachkriegs-Deutschland?**

Ja, da gibt es große Parallelen. Das gilt sowohl für die Rahmenbedingungen, also ein großer Mangel an Männern, als auch für die neue Rolle der Frauen, die sich stärker engagieren im wirtschaftlichen Bereich.

» Der Genozid hat neue Rollenmuster hervorgebracht. «

Das Gespräch führte  
Karsten Zummack.  
Das vollständige  
Interview zum Anhören  
finden Sie auf  
[www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)

# Krieg, Frieden und Entwicklung – und die Lehren für Afghanistan

*„Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramme werden den wirtschaftlichen Fortschritt weltweit vorantreiben, die politische Stabilität stärken und den Frieden fördern.“*

*Die Delegierten der Konferenz von Bretton Woods, New Hampshire, 1944<sup>1</sup>*

## Zusammenfassung

Afghanistan, Somalia und die Demokratische Republik Kongo sind Beispiele für Entwicklungsländer, die unter den Folgen von Krieg, Armut und instabilen demokratischen Strukturen leiden. Diese Länder sehen sich in Sicherheitsfragen einer sehr schwierigen Herausforderung gegenüber und brauchen internationale Unterstützung beim Wiederaufbauprozess. Derartige Prozesse können nur dann gelingen, wenn sie Hand in Hand gehen mit politischer Mitbestimmung. Nur so können sich eine verbesserte Sicherheitslage, eine wirtschaftliche Entwicklung auf breiter Basis sowie dies unterstützende politische Institutionen gegenseitig befruchten und verstärken. Es wird besondere auf fünf Lehren hingewiesen, die helfen können, gewaltsamen Konflikt nachhaltig zu überwinden. Wenn die Geberländer bzw. -institutionen sowie die betreffenden Staaten gleich zu Beginn des Wiederaufbauprozesses die richtigen Prioritäten setzen und diese Politik weiterhin beibehalten, dann ist ein Entkommen aus der „Konfliktfalle“ möglich. Wenn diese Zusammenhänge jedoch vernachlässigt werden, schließt sich die Falle. In Afghanistan könnte es zu spät sein, die gegenwärtigen wirtschaftlichen, militärischen und politischen Maßnahmen erfolgreich anzupassen. Der Westen wird wahrscheinlich alternative Modelle für sein militärisches und wirtschaftliches Engagement in Afghanistan finden müssen.

## Einleitung

Einige der größten Herausforderungen im Bereich staatlicher Entwicklung, die sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellen, sind die Folge gewalttätiger Konflikte. Afghanistan, Somalia, der Sudan und die Demokratische Republik Kongo sind Beispiele für gescheiterte Staaten, die jahrelang unter Krieg, Plünderungen und Entbehrungen gelitten haben. Andere Länder wie Nordkorea, Kirgisistan, der Jemen und Haiti werden einen ähnlichen Pfad einschlagen, wenn die Ereignisse eine ungünstige Wendung nehmen. Manche dieser Entwicklungen spielen sich im Einflussbereich der internationalen Gemeinschaft ab, andere geschehen abseits der internationalen Aufmerksamkeit. Die schlechte Nachricht: In all diesen Ländern regieren Verzweiflung, extreme Armut und Gewalt, auch wenn kein offener Krieg herrscht. Doch die gute Nachricht ist, dass diese Thematik Gegenstand umfangreicher Forschung und Analysen ist, so dass es Erkenntnisse zu erfolgversprechenden Handlungsansätzen gibt.<sup>2,3</sup>

Der vorliegende Bericht wird die These aufstellen, dass die miteinander in Verbindung stehenden Ziele Frieden, Wohlstand und Mitbestimmung gleichzeitig angestrebt werden müssen, wenn ein nachhaltiger Wiederaufbau gelingen soll. Der Bericht stellt fünf Lehren aus der Vergangenheit vor, die auf die aktuellen gewalttätigen Konflikte, etwa denjenigen in Afghanistan, Anwendung finden sollten. Zwar ist unsere Botschaft insgesamt optimistisch, da sie auf zahlreiche Möglichkeiten verweist, wie kriegsgeschä-

Tilman Brück  
tbrueck@diw.de

<sup>1</sup> Vgl. [www.ibiblio.org/pha/policy/1944/440722a.html](http://www.ibiblio.org/pha/policy/1944/440722a.html), abgerufen am 17. Januar 2011.

<sup>2</sup> Eine ausführliche Erörterung dieser Erkenntnisse findet sich bei Tony Addison und Tilman Brück (Hrsg.): „Making Peace Work: The Challenges of Social and Economic Reconstruction“, Palgrave Macmillan, Houndmill 2009.

<sup>3</sup> Dieser Wochenbericht beruht auf einem Projekt des UNU-WIDER zum Thema „Making Peace Work: Conflict and Post Conflict Societies“, die vom finnischen Außenministerium und dem britischen Ministerium für internationale Entwicklung finanziell gefördert wurde.

digten und instabilen Staaten geholfen werden kann, doch sehen wir die Entwicklungsprognose speziell für Afghanistan pessimistisch. Zu viele Chancen wurden vergeben und gegen zu viele notwendige Bedingungen für Frieden, Mitbestimmung und Wohlstand wird verstoßen, als dass man die Hoffnung haben könnte, dass sich die Lage in Afghanistan mit militärischer und wirtschaftlicher Hilfe des Westens zum Positiven wenden ließe. Alternative Modelle für das Engagement in Afghanistan könnten sich unter Umständen als kosteneffizienter erweisen.

### Frieden, Mitbestimmung und Wohlstand

Um Frieden herzustellen, muss das erneute Aufkommen von Massengewalt und Plünderungen verhindert und das Morden gestoppt werden.<sup>4</sup> Genauso gilt es, konstruktive Mechanismen zur Lösung von Konflikten zu finden und gewalttätige Störungen des Wiederaufbaus zu unterbinden. Das Konzept der Mitbestimmung umfasst die Gestaltung und Umsetzung sozialer und politischer Entscheidungsprozesse für die Zeit nach einem Krieg, damit alle Beteiligten stärker in den Friedensprozess eingebunden werden und die Friedensförderung erfolgreich sein kann.<sup>5</sup> Es muss sich nicht in allen Fällen um eine Wahldemokratie handeln, doch sollte stets auf transparente Institutionen gesetzt werden, die Möglichkeiten zur Mitbestimmung bieten, denn ohne sie ist ein Rückfall in die Gewalt wahrscheinlicher. Über die Mitbestimmung sollten auch Fragen der Geschlechterrollen in die Aufbaupläne einbezogen werden. Dieser Bereich bleibt in den Diskussionen über einen Wiederaufbau oft außen vor. Die Förderung der Mitbestimmung ist außerdem eine zentrale Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, mit der die zu erwartenden Spannungen zwischen Demokratie und Frieden gemindert werden können. Mit dem Begriff des Wohlstands ist eine breit angelegte, nachhaltige Entwicklung gemeint, in deren Folge sich die Armut verringert und auch die bislang am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen vom Wachstum profitieren. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen sich die Unternehmer des jeweiligen Landes friedlichen Einkommensquellen zuwenden und Tätigkeiten wie Schmuggel, Drogenherstellung und Waffenhandel aufgeben, die den Krieg wirtschaftlich erst profitabel machen und gewalttätige Konflikte aufrechterhalten.

<sup>4</sup> Das Konzept „Frieden, Mitbestimmung und Wohlstand“ wird ausführlicher erläutert bei Tony Addison und Tilman Brück: „Achieving Peace, Participation and Prosperity“, in: Tony Addison und Tilman Brück (Hrsgg.): „Making Peace Work: The Challenges of Social and Economic Reconstruction“, Palgrave Macmillan, Houndmills, Basingstoke 2009, 15–30.

<sup>5</sup> Peter Burnell: „The Coherence of Democratic Peace Building“, in: Tony Addison und Tilman Brück (Hrsg.): „Making Peace Work: The Challenges of Social and Economic Reconstruction“. Palgrave Macmillan, Houndmills, Basingstoke 2009, 51–74.

Der Zusammenhang von Frieden und Wohlstand ist analytisch und empirisch relativ gut dokumentiert: Nachweislich nimmt die Rentabilität gewalttätiger Konflikte mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen durchschnittlich ab.<sup>6</sup> Zu dieser Regel gibt es deutliche Ausnahmen, wie sich aktuell am Beispiel Tunesiens zeigt und wie es vielleicht eines Tages in China der Fall sein wird. Das Verhältnis zwischen Frieden und Mitbestimmung ist weniger klar belegt. Vielleicht entwickelt sich Mitbestimmung in Abwesenheit gewalttätiger Konflikte besser, doch führt Mitbestimmung sicher nicht geradewegs zum Frieden. Zudem können Wahlen selber gewalttätige Konflikte auslösen, wie sich 1992 in Angola und 2007 in Kenia beobachten ließ. Bei der Untersuchung des Verhältnisses von Wohlstand und Mitbestimmung zeigt sich ein breites Spektrum möglicher Entwicklungen; sowohl Diktaturen als auch Demokratien können zu wirtschaftlichen Erfolgen, aber auch zu Misserfolgen führen.

Politische Entscheidungsträger, die nach Möglichkeiten suchen, gewalttätige Konflikte auf dem Weg zu mehr Mitbestimmung zu vermeiden, können sich an einer Reihe positiver Beispiele orientieren, bei denen Mitbestimmung und Frieden Hand in Hand gingen. Zwar ist es für einkommensschwache Länder schwierig, demokratische Strukturen aufzubauen, doch Mosambik, Botswana und Indien dienen als Vorbilder dafür, dass auch in anfangs armen Gesellschaften stabile Demokratien errichtet und beibehalten werden können.

Unsere zentrale These besagt, dass politische Mitbestimmung ein zentraler Faktor für den erfolgreichen Übergang von gewalttätigen Konflikten zum Frieden ist. Bei der Verwirklichung politischer Mitbestimmung müssen viele Aspekte einbezogen werden, etwa die Form der Verfassung, das Wahlsystem, der Schutz der Menschenrechte, das Rechts- und Justizsystem, dezentrale Strukturen und die politische Kultur. Mitbestimmung kann auf individueller oder institutioneller Ebene stattfinden, zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb eines Landes variieren und Fragestellungen bezüglich der Geschlechterrollen oder ethnische Themen umfassen. Ein solches Konzept der Mitbestimmung verfügt damit über deutlich mehr Facetten und geht über das Demokratiekonzept hinaus, auf das sich die Medien sowie viele Geberinstitutionen und -länder hauptsächlich konzentrieren und das Elemente der Mitbestimmung wie etwa Parlaments-, Präsidentschafts- oder Regionalwahlen in den Fokus rückt.

Der Demokratisierungsprozess kann aus vielerlei Gründen zu Auseinandersetzungen führen. So kann

<sup>6</sup> Collier, Paul und Hoeffler, Anke: „On Economic Causes of Civil War“, Oxford Economic Papers, Band 50 (4), 1998, 563–573.

die Politik spaltend wirken, wenn zwei, drei oder vier große politische Gruppierungen um die Vorherrschaft ringen und beispielsweise auf ethnische oder religiöse Unterscheidungsmerkmale setzen. Außerdem können die politischen Veränderungen, die zur Einführung eines demokratischen Systems erforderlich sind, gewalttätige Reaktionen hervorrufen, die den Demokratisierungsprozess dann blockieren. Mit steigendem Wohlstand nehmen auch die Freiräume jenseits des Politischen zu. Daher ist eine schwache Demokratie vielleicht nicht die Regierungsform, die am besten zur Vermeidung von gewalttätigen Konflikten geeignet ist. Das ist auch die Lehre, die sich heute aus dem Beispiel Afghanistans ziehen lässt. Dort wird der Wahldemokratie ein zu hohes Gewicht beigemessen, während andere Formen der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Mitbestimmung vernachlässigt werden.

### Spannungsverhältnis zwischen verschiedenen Zielen

Es besteht also ein Spannungsverhältnis zwischen den Zielen Frieden, Wohlstand und Mitbestimmung. Derartige Spannungen müssen gelöst werden, wenn der Wiederaufbau erfolgreich sein soll. Auch bedeuten Fortschritte bei der Verringerung und Beendigung von gewalttätigen Konflikten nicht automatisch, dass die Armut ausreichend bekämpft wird oder dass einem Ende der chronischen Armut ein hoher Stellenwert beigemessen wird. Eine Gesellschaft kann auch ohne nachdrückliche Armutsbekämpfung ein hohes Maß an Frieden erreichen (wie es in vielen lateinamerikanischen Staaten geschehen ist). Doch selbst wenn eine genau definierte Strategie zur Armutsbekämpfung vorliegt (wie es nach dem Krieg in Mosambik der Fall war), lässt sie sich durch die während des gewalttätigen Konflikts erfolgte Schädigung institutioneller Strukturen oft nur schwer umsetzen. Eine wirksame Armutsbekämpfung, und vor allem eine Konzentration auf chronisch Arme<sup>7</sup>, ist in gewalttätigen Konflikten nicht von der umfassenderen Aufgabe des Aufbaus verlässlich funktionierender und stabiler staatlicher Strukturen zu trennen. Dieses Vorhaben ist jedoch sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht aufwändig.

Das wiederum ist für die politischen Entscheidungsträger eine zentrale Problematik. Zwar erfordert der Friedensprozess die Beseitigung von Störfaktoren, doch werden dabei unter Umständen Ressourcen abgezogen, die für wünschenswertere Maßnahmen wie etwa die Armutsbekämpfung eingesetzt werden könnten. Dennoch ist es eine Frage der sozialen Ge-

rechtigkeit, den Armen und Schwachen zu helfen, unabhängig von ihrer Rolle während des Konflikts.<sup>8</sup> So kommt es also zu Spannungen zwischen verschiedenen Zielen, die nur durch einen „ausgeglichene Wiederaufbau“ gelöst werden können.

Mosambik ist ein erfolgreiches Beispiel für einen derartigen ausgeglichenen Wiederaufbau. Die Demokratische Republik Kongo hingegen vergab ihre frühen Erfolge im makroökonomischen Bereich (insbesondere die gelungene Umschuldung) durch die Vernachlässigung anderer wichtiger Aspekte des Wiederaufbaus.<sup>9</sup> Zudem haben sich in der Vergangenheit durch die attraktiven Bodenschätze einerseits – beispielsweise in der Demokratischen Republik Kongo und im (Süd-)Sudan – und das elementare Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung andererseits Spannungen ergeben, die sich als unüberwindbar erwiesen, was desaströse humanitäre Folgen hatte.

Diese Geschichte wiederholt sich nun in Afghanistan. Stärker noch als im Irak, wo das Öl immerhin eine legale Ressource darstellt, treten einem ausgeglichenen Wiederaufbau in Afghanistan große Hindernisse entgegen. Die Opiumwirtschaft wirkt ebenso hinderlich wie die komplexe Geografie und Geschichte Zentralasiens. Die militärische Kontrolle wird dadurch erschwert und verteuert, die Durchsetzungsfähigkeit der staatlichen Institutionen nach dem Zusammenbruch des Sozialismus geschwächt. In diesem Zusammenhang könnten Afghanistan im Besonderen und Zentralasien im Allgemeinen viel aus dem Vergleich mit der Entkolonialisierung und wirtschaftlichen Entwicklung im südlich der Sahara gelegenen Teil Afrikas lernen. Die sozio-ökonomischen Aussichten sind düster und lassen nicht einmal ahnen, wie selbst im Fall einer verbesserten Sicherheitslage ein ausgewogener Wiederaufbau gelingen könnte.

### Das Erbe des Krieges

In jeder Kriegswirtschaft gibt es zwei Arten wirtschaftlicher Aktivitäten: Aktivitäten, die den Krieg fördern<sup>10</sup>, und Aktivitäten, die vom Krieg gefördert werden.<sup>11</sup>

<sup>8</sup> Vgl. Sirkku K. Hellsten: „Ethics, Rhetoric, and Politics of Post-Conflict Reconstruction“, in: Tony Addison und Tilman Brück (Hrsg.): „Making Peace Work: The Challenges of Social and Economic Reconstruction“, Palgrave Macmillan, Houndmills, Basingstoke 2009, 75–100.

<sup>9</sup> Alvarez-Plata, Patricia und Tilman Brück: „External Debt in Post-Conflict Countries“, World Development, 36 (3), 2008, 485–504.

<sup>10</sup> David M. Malone und Heiko Nitzschke: „Economic Agendas in Civil Wars: What We Know, What We Need to Know“, in: Tony Addison und Tilman Brück (Hrsg.): „Making Peace Work: The Challenges of Social and Economic Reconstruction“, Palgrave Macmillan, Houndmills, Basingstoke 2009, 31–50.

<sup>11</sup> Vgl. Lena Giesbert und Kati Schindler: „Das Erbe des Bürgerkrieges: der Fall Mosambik“ in diesem Wochenbericht; sowie Wim Naudé: „Entrepreneurship, Post-Conflict“, in: Tony Addison und Tilman Brück (Hrsg.):

<sup>7</sup> Chronic Poverty Research Centre: „The Chronic Poverty Report 2008-09: Escaping Poverty Traps“, 2008, www.chronicpoverty.org.

Die erstgenannten wirtschaftlichen Aktivitäten sind besonders schädlich, wenn sie zu „Konfliktfallen“ führen. Dazu gehören Aufstandsbewegungen, die von Plünderungen leben, oder Konfliktzonen, in denen Terroristen oder Piraten ausgebildet werden oder Zuflucht finden.<sup>12</sup> Wenn derartige Aktivitäten selbsterhaltend sind, können sich internationale Maßnahmen wie Sanktionen als praktisch wirkungslos erweisen. Aktivitäten, die die Kriegswirtschaft und deren Akteure prägen, dürfen auch nach Kriegsende nicht ignoriert werden. Gewalttätige Konflikte haben immer dann besonders negative Auswirkungen, wenn sie zu Ungleichheiten<sup>13</sup> und chronischer Armut führen<sup>14</sup>, aus der es oft kaum einen Ausweg gibt. Bei der Integration von Wirtschaftsakteuren und -faktoren, die den gewalttätigen Konflikt gefördert haben, muss also mit viel Fingerspitzengefühl ein Gleichgewicht hergestellt werden, das die Opfer dieser wirtschaftlichen Vergangenheit nicht außer Acht lässt.

In ähnlicher Weise können nach Kriegsende Wirtschaftssektoren entstehen, die vom Ende der Gewalt und den sich daraus ergebenden Chancen profitieren. Eine solche vorteilhafte Entwicklung ist aber unter Umständen sehr breit gestreut und hat daher weniger ausdrückliche Befürworter. Der Wiederaufstieg Libanons zu einem regionalen Finanzzentrum oder – in kleinerem Maßstab – das Dienstleistungsangebot, das sich rund um UN-Friedensmissionen entwickelt, verdeutlicht, in welchem Maße gewalttätige Konflikte auf soziale und wirtschaftliche Strukturen Einfluss nehmen. In manchen Fällen kann sich die Lage der Frauen in Folge eines Krieges verbessern – allerdings sind Frauen oft die am schwersten betroffenen Opfer eines Krieges.<sup>15</sup>

Die meisten Wirtschaftsaktivitäten während eines Krieges lassen sich jedoch der zweitgenannten Art

zuordnen, werden also vom Krieg erst angestoßen. Dazu gehören Landwirtschaft, Handel und Dienstleistungen. Sie unterliegen in unterschiedlichem Maße den negativen Auswirkungen des Krieges. Kleinbauern, landlose Arbeiter und von Frauen geführte Haushalte leiden oft am stärksten unter Bürgerkriegen und müssen ihre Überlebensstrategie häufig anpassen, wenn sie zwischen Aufständische und Regierungstruppen geraten. Je nach Art der Risiken, denen Selbstversorger während eines Krieges ausgesetzt sind (Plünderungen, Entführungen oder Einberufung ins Militär), passen sich die Haushalte durch Änderungen des Produktions- oder Lager-systems oder aber durch die Flucht aus ihrem Dorf an.

Es ist wichtig, die unterschiedlichen Motive aller Akteure und die Auswirkungen, die gewalttätige Konflikte auf Menschen, Unternehmen und Institutionen haben, zu identifizieren. Daher kommt der Untersuchung von Veränderungen, die durch gewalttätige Konflikte und Staatsversagen hervorgerufen werden, große Bedeutung zu, denn in vielen Fällen behindern sie die Entwicklung eines Landes. Beispiele dafür sind die Verbreitung von HIV/AIDS durch die Kriegsteilnehmer, die Vertreibung von Millionen von Menschen, die als Flüchtlinge oder Binnenvertriebene ihre Existenzgrundlage verlieren, oder die Entstehung neuer Netzwerke für den Waffenhandel und anderer kriegsbezogener Aktivitäten.

In Afghanistan lässt sich diese Problematik besonders deutlich beobachten. Der dortige Friedensprozess und Wiederaufbau müssen berücksichtigen, dass sich die Machtstrukturen und wirtschaftlichen Anreize über Jahrzehnte hinweg immer wieder verändert haben und dass das Land sich jahrelang im Kriegszustand befand. Sonst kann kein nachhaltiger Entwurf für die Zukunft des Landes entstehen.

## **Staatliche Handlungsfähigkeit und Wiederaufbau nach einem Krieg**

Ein afrikanisches Land, das sich im frühen 21. Jahrhundert nach einem Krieg um Wiederaufbau bemüht, sieht sich einer Weltwirtschaft gegenüber, die für die Architekten des Aufschwungs im Deutschland der Nachkriegszeit oder in Südkorea nach dem Koreakrieg größtenteils nicht wiederzuerkennen wäre (siehe Kasten). So ist zum Beispiel der Einsatz von Kontrollinstrumenten bei der Kreditvergabe, durch den sich der Aufschwung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg auszeichnete, in Zeiten offener Kapitalmärkte keine praktikable Option mehr. Auch erscheint die spezielle Kombination aus Importsubstitution und Exportförderung, wie sie in Korea und Taiwan (China) angewandt wurde, inzwischen als einmalig für die Welt der 60er Jahre.

„Making Peace Work: The Challenges of Social and Economic Reconstruction“, Palgrave Macmillan, Houndmills, Basingstoke 2009, 251–263.

<sup>12</sup> Anja Shortland: „Piraterie in Somalia: ein gutes Geschäft für Viele“, Wochenbericht des DIW Berlin, 2–6, 2010, 29.

<sup>13</sup> Vgl. Marc Vothknecht: „Gewalttätige Konflikte erhöhen Einkommensungleichheit“, in Wochenbericht des DIW Berlin, 40, 2009, 683–687.

<sup>14</sup> Vgl. Chronic Poverty Research Centre: „The Chronic Poverty Report 2008-09: Escaping Poverty Traps“, 2008, [www.chronicpoverty.org](http://www.chronicpoverty.org).

<sup>15</sup> Vgl.: Marcia E. Greenberg und Elaine Zuckerman: „The Gender Dimensions of Post-Conflict Reconstruction: The Challenges in Development Aid“, in: Tony Addison und Tilman Brück (Hrsg.): „Making Peace Work: The Challenges of Social and Economic Reconstruction“, Palgrave Macmillan, Houndmills, Basingstoke, 2009, 101–135; sowie Brück, Tilman und Kati Schindler: „The Impact of Violent Conflicts on Households: What Do We Know and What Should We Know about War Widows?“, Oxford Development Studies, 37 (3), 2009, 289–309; sowie Brück, Tilman und Marc Vothknecht: „Women and Postwar Reconstruction: Constraints, Choices, and Outcomes“, in: K. Kuehnast, C. de Jonge Oudraat und H. Hernes, (Hrsg.): „Women and War – Power and Protection: Setting an Agenda for Action and Research for the Next Decade of UNSCR 1325“, United States Institute of Peace, Washington, D.C., i. E.; sowie Kati Schindler: „Ergeben sich in Nachkriegs-Gesellschaften neue Chancen für Frauen? Der Fall Ruanda“ in diesem Wochenbericht.

## Kasten

**Staatliche Maßnahmen zum Wiederaufbau nach Kriegen in Industrieländern**

Der politische Spielraum, der den heutigen Nachkriegsländern zur Verfügung steht, ist wesentlich kleiner und vollkommen verschieden von dem, der nach dem Zweiten Weltkrieg vorhanden war.<sup>1</sup> Zur damaligen Zeit standen üblicherweise die folgenden Optionen für den Wiederaufbau zur Verfügung: Überwachung ausländischer Kapitalflüsse (zur Konzentration des heimischen Kapitals auf wichtige Investitionen und zur Zuteilung der wenigen Devisen auf Sektoren mit hoher Priorität, oft Exportbranchen); Verstaatlichung von wichtigen Branchen, öffentlich subventionierte Kapitalinvestitionen; großflächige Investitionen in die Infrastruktur; umfassende Nutzung von Planungsmechanismen (etwa die berühmte Planification in Frankreich oder das MITI in Japan zur Koordinierung der privatwirtschaftlichen Erholung). Auch die Finanzsysteme wurden in großem Umfang genutzt, um prioritäre Aufbauziele zu erreichen, unter anderem durch die gezielt eingesetzte

und subventionierte Kreditvergabe durch Staatsbanken. Auch Südkorea (nach dem Koreakrieg) und Taiwan (nach dem chinesischen Bürgerkrieg) verfolgten eine staatlich gelenkte Entwicklung, bei der die wirtschaftlichen Erträge mit Hilfe von Marktkontrollen generiert und mit den erfolgreichsten Unternehmern geteilt wurden. Damit wurde in kurzer Zeit eine starke Kapitalakkumulation und Diversifizierung der Wirtschaft erreicht. Der Schutz vor Importen spielte bei der Erholung der europäischen Landwirtschaft eine wesentliche Rolle (bis heute wird sie geschützt und erhält Subventionen). Das Gleiche galt für manche Branchen der produzierenden Industrie (besonders in Finnland), während Südkorea eine kluge Mischung aus Einfuhrsperren und Exportsubventionen nutzte, um seine Industrie aufzubauen. Soziale Stabilität und die Festigung der Demokratie waren die dringendsten Aufgaben; die großzügigen Wohlfahrtsstaaten wurden durch Einnahmen aus dem soliden Wirtschaftswachstum finanziert. Westdeutschland folgte während der Nachkriegszeit einem Entwicklungsmodell, das der Marktwirtschaft einflussreiche, nicht dem Markt unterliegende sozialstaatliche Strukturen gegenüberstellte, wodurch die soziale und Verteilungsgerechtigkeit bewahrt wurden.

<sup>1</sup> Tilman Brück: „Ludwig Erhard in Africa: War Finance and Post-War Reconstruction in Germany and Mozambique“, in: J. Brauer und J. P. Dunne, (Hrsg.): „The Economics of Military Expenditure and Arms Production and Trade in Developing Countries“, Macmillan, London, 2002, 236–250.

Die nationalen Regierungen müssen heute in drei zentralen Einflussbereichen aktiv werden. Als erstes und wichtigstes Reformprojekt ist die Fiskalpolitik zu nennen, also das System aus Steuern und Ausgaben im Verhältnis zu den übergeordneten makroökonomischen Rahmenbedingungen.<sup>16</sup> Selbst wenn das wirtschaftliche Wachstum beschränkt ist – und hauptsächlich den Bürgern über oder knapp unter der Armutsgrenze zugutekommt –, kann die durch das Wachstum entstandene größere Steuerbasis mobilisiert werden, um eine soziale Absicherung aufzubauen und dem Staat die Fähigkeit zu verleihen, die öffentlichen Finanzen und gestiegenen Hilfszahlungen sinnvoll zu verwalten.

Eine weitere wichtige Reform ist zweitens die Schaffung eines gut funktionierenden nationalen Finanzsystems, was auch die teilweise oder vollständige Privatisierung von staatseigenen Banken und die behutsame Überwachung und Regulierung der Finanzmärkte umfasst. Die Schaffung einer ausreichend

leistungsfähigen Zentralbank ist eine anspruchsvolle Aufgabe, genau wie die Wahrung ihrer Unabhängigkeit von den Eliten, die Schlüsselpositionen im expandierenden Privatsektor innehaben.

Ein dritter entscheidender Aspekt ist die Fähigkeit des Staates, ausländische Direktinvestitionen zu steuern, die heutzutage – in Ermangelung einer übergeordneten nationalen Planung – die Prioritäten der produzierenden Wirtschaftssektoren festlegen. Die Nationalstaaten müssen große Effizienz beweisen, um die sozialen Erträge dieser Projekte einzuschätzen, die Beziehungen mit ausländischen Investoren im Sinne nationaler Interessen zu steuern, möglichst vorteilhafte Geschäfte abzuschließen, den Umweltaspekt zu berücksichtigen und als Spin-off-Effekt das Beschäftigungswachstum zu maximieren.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass für den Wiederaufbau nach einem Krieg die Handlungsfähigkeit des Staates ausschlaggebend ist – unabhängig davon, ob ein Land sich beim Wiederaufbau auf die Kräfte des Marktes verlässt oder ein ehrgeizigeres Programm in der Tradition von Ostasien und Europa nach dem Zweiten Weltkrieg umzusetzen versucht. Unglücklicherweise fehlt es Nachkriegsländern wie Afghanistan, dem Sudan oder der Demokratischen Republik Kongo oftmals an der nötigen Handlungs-

<sup>16</sup> Vgl. Sanjeev Gupta et al.: „Post-Conflict Countries: Strategy for Rebuilding Fiscal Institutions“, in: Tony Addison und Tilman Brück (Hrsg.): „Making Peace Work: The Challenges of Social and Economic Reconstruction“, Palgrave Macmillan, Houndmills, Basingstoke, 2009, 75–100; Tony Addison und Alan Roe (Hrsg.): „Fiscal Policy for Development: Poverty, Reconstruction and Growth“, Palgrave Macmillan, Houndmills 2004.

fähigkeit, um einen erfolgreichen Wandel in Gang zu setzen.

### Die Weltwirtschaft und ihre gewalttätigen Konflikte

Die große Herausforderung beim Wiederaufbau besteht heutzutage nicht darin, von der Weltwirtschaft abgekoppelte Ökonomien wieder ins Wirtschaftssystem einzugliedern. Vielmehr geht es darum, das wirtschaftliche Zusammenspiel so zu verändern, dass sowohl der Übergang von Krieg zu Frieden als auch ein breit angelegter Aufschwung und allgemeines Wachstum gewährleistet sind.<sup>17</sup> Um dieses übergeordnete Ziel zu erreichen, sind jedoch drei zentrale Probleme zu bewältigen. Zum einen wird der Exportsektor von Ländern, in denen gewalttätige Konflikte herrschen, oftmals von einem begrenzten Angebot an Primärgütern dominiert, was die wirtschaftspolitische Steuerung besonders erschwert und den Aufschwung behindern kann. Zweitens umfassen die Exporte derartiger Länder mitunter „Konfliktgüter“, etwa Blutdiamanten, illegal geschlagenes Holz oder harte Drogen, wobei ein solcher Handel weniger dem Staat zugute kommt als den Kriegsherren, deren Macht dadurch stärkeren Aufschwung erfährt als die des Staates. Drittens wird handelsbasiertes landwirtschaftliches Wachstum in armen, von gewalttätigen Konflikten geschädigten Ländern durch den Protektionismus reicher Länder behindert. Für den Aufschwung nach gewalttätigen Konflikten und die Schaffung einer friedlichen Existenzgrundlage im Allgemeinen ist der Landwirtschaftssektor von wesentlicher Bedeutung.

Wenn die Hindernisse in diesem Bereich nicht überwunden werden, wird der Wiederaufbau bestenfalls die Vorkriegswirtschaft und -gesellschaft wiederherstellen, oftmals verbunden mit der Wiederbelebung oder sogar Verschärfung tiefgreifender Ungleichheiten, und die Fähigkeit des Landes zur Erlangung von Frieden, Mitbestimmung und Wohlstand eher noch vermindern. Schlimmstenfalls kann eine ungesteuerte Integration in die Weltwirtschaft dazu führen, dass kriegsgeschädigte Länder mit der Weltwirtschaft auf eine Art und Weise interagieren, die das Problem der Kriegsherren noch verschärft, anstatt es einzudämmen oder gar zu überwinden.

Auf globaler Ebene mag es der internationalen Gemeinschaft gelingen, erfolgreiche Entwicklungshilfe zu leisten und vielleicht sogar zur Verringerung von Armut beizutragen – durch technische Hilfe, Projektförderung und budgetäre Unterstützung sowie

(in umstrittener Weise) durch das Vorantreiben von Demokratisierung und Friedensbildung oder (in noch stärker umstrittener Weise) durch militärische Interventionen. Doch die Herausforderung bleibt groß, und während gewisse Erfolge erzielt wurden, etwa in Mosambik oder Aceh in Indonesien, sind auch viele Enttäuschungen zu verzeichnen, so wie in Osttimor oder Somalia. Unter diesen Umständen bleiben schwierige Fragen offen, etwa hinsichtlich der optimalen Ebene und richtigen Form von Hilfsleistungen. Zu vielen dieser wichtigen Themen ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Neue Krisen (externe politische Ereignisse, Turbulenzen der Weltwirtschaft, Naturkatastrophen) können einen vielversprechenden Aufschwung zurückwerfen oder schlimmstenfalls zunichtemachen. Aus diesen Gründen kann man die Herausforderungen des Wiederaufbaus nach gewalttätigen Konflikten nicht von den übergeordneten globalen Herausforderungen trennen, sei es bezüglich wirtschaftlicher Integration, Handelsreformen, Entwicklungshilfe oder Staatsführung.

Die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) hat sich von ihrem Tiefpunkt Mitte der 1990er Jahre (nach dem Kalten Krieg), als besonders Afrika als „irrelevant“ für die geopolitischen Interessen der Großmächte betrachtet wurde, wieder etwas erholt. Die G8 jedoch scheint, nachdem sie 2005 bei ihrem Gipfel in Gleneagles den dringend benötigten Schuldenerlass versprochen hatte, inzwischen von ihren Ambitionen abgekommen zu sein, den Umfang der Hilfeleistungen substantiell zu erhöhen, und die noch nicht völlig überwundene globale Rezession ist eine weitere Gefahr für die Hilfszahlungen. Auch dies steht im scharfen Gegensatz zur Ära des Marshallplans im Europa der 40er Jahre, als die USA im Verhältnis zu ihrem BIP bis zu 20 Mal mehr Beihilfe zum Wiederaufbau leisteten als heute. Andererseits zeigt das Beispiel des Wiederaufbaus in Haiti nach dem Erdbeben, dass auch massive Aufbaubemühungen nicht unbedingt den gewünschten sozialen Nutzen bringen – in Haiti können weiterhin viele Menschen nicht an ihren Wohnort zurückkehren und leiden trotz der hohen Hilfsleistungen unter Obdachlosigkeit und Armut.

In jedem Fall sind private Kapitalflüsse für die Entwicklungsländer heute insgesamt wesentlich wichtiger – allein die Überweisungsströme entsprechen dem dreifachen Wert der ODA. Die meisten Länder bleiben nach gewalttätigen Konflikten abhängig von Hilfsleistungen. Gleichzeitig sind selbst die Finanzminister der ärmsten und kleinsten Volkswirtschaften sehr um die Anwerbung von Privatkapital bemüht, was im vergangenen Jahrzehnt in diesem Umfang noch nicht der Fall war. Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise und die unsicheren Devisenmärkte haben jedoch zur Erhöhung der Risikoprämie geführt, welcher die privaten Kapitalströme in Richtung Süden

<sup>17</sup> Tony Addison (Hrsg.): *From Conflict to Recovery*. Oxford University Press, Oxford 2003.

unterliegen. Dies könnte die für den Wiederaufbau erforderlichen privaten Kapitalflüsse in konfliktgeschädigte Länder hemmen. Afghanistan lässt sich als aktueller Fall betrachten, in dem große Mengen öffentlicher Hilfgelder von relativ geringer Qualität an eine undurchsichtige Regierung fließen. Hochqualitative, wettbewerbsfähige Kapitalströme aus dem privaten Sektor fehlen hingegen, was sich in der anhaltend schwachen Wirtschaftsleistung Afghanistans außerhalb des Entwicklungshilfe- und Drogensektors niederschlägt.

Eine tiefgehende Integration von Konfliktnationen in die Weltwirtschaft ist folglich ein zweischneidiges Schwert. Positiv ist, dass sich die Wahrscheinlichkeit vorteilhafter externer Einflüsse erhöht, zum Beispiel in Form von Handel und Investitionen, und dass die Hilfsleistungen einen Anreiz zum Frieden darstellen können. Auf der negativen Seite steht, dass der wachsende Graben zwischen einer unterentwickelten Kriegswirtschaft und ihren friedlichen Partnern zwar die Opportunitätskosten von gewalttätigen Konflikten erhöht (Frieden ist in sozialer Hinsicht profitabler, insbesondere wenn das Land Handel betreibt), die Kriegswirtschaft aber für den privaten Sektor profitabel ist. Eine engere Einbindung von Kriegswirtschaften in die Weltwirtschaft liefert der kriminellen Konfliktfinanzierung zahlreiche Möglichkeiten, etwa durch den Export von Blutdiamanten und anderen Kriegsgütern, durch Geldwäsche in internationalen Finanzzentren, durch die Rekrutierung von Söldnern oder durch den Ankauf hoch entwickelter Waffentechnik (in einigen Fällen geht dies mit einer zunehmenden Interaktion zwischen „lokalen“ Kriegen und globalen Terrorismusnetzwerken einher<sup>18</sup>). Die Beispiele Afghanistan, Sierra Leone, Angola und Sudan zeigen, wie bei gewalttätigen Konflikten Drogen, Blutdiamanten, Öl und der internationale Handel mit anderen natürlichen Ressourcen Kriege, humanitäre Katastrophen und nicht nachhaltiges Wachstum finanzieren können.

## Die Rolle der internationalen Gemeinschaft

Die Chancen für den Frieden stehen schlecht. Waffenruhen und Friedensabkommen werden häufig gebrochen, und die Wahrscheinlichkeit eines kompletten Zusammenbruchs steigt mit der Zahl der Misserfolge. Die kriegsführenden Parteien haben ein Glaubwürdigkeitsproblem, und ihr Ansehen verschlechtert sich mit jedem gebrochenen Vertrag.<sup>19</sup>

Oft haben die Akteure auch Schwierigkeiten, als geschlossene Fraktion aufzutreten; Splittergruppen oder bewaffnete Minderheiten („Spoilers“ oder „Störer“) erzielen mit wenig Einsatz maximale Erfolge, indem sie die von den großen Akteuren geschlossenen Abkommen untergraben. Außerdem sind in vielen Fällen die internationalen Friedensbemühungen zu schwach, um den Frieden tatsächlich durchzusetzen (wie sich gegenwärtig in Afghanistan zeigt), und Militäroperationen können zu unvorhergesehenen Auswirkungen führen (wie nicht zuletzt beim Einmarsch von britischen und amerikanischen Truppen in den Irak deutlich wurde).

Die Parteien in einem Bürgerkrieg entscheiden sich dann für den Frieden, wenn dieser sich für sie auszahlt – in der Regel nicht früher. Doch externe Akteure wie die internationale Gemeinschaft können Anreize setzen, die zu Kooperation statt zu gewalttätigen Konflikten führen. Allerdings werden die dafür zur Verfügung stehenden Instrumente nicht in ausreichendem Maße eingesetzt und in manchen Fällen von einflussreichen Akteuren in reichen (und armen) Ländern blockiert.

Ein Beispiel dafür ist die Lage in Afghanistan nach der US-geführten Militäroperation. Während des internationalen Einsatzes in Afghanistan wurde zu wenig und zu spät gehandelt, womit den mittlerweile einflussreichen Friedensstörern zu viel Raum gelassen wurde. Die Kriegsherren, die die von den USA angeführten Alliierten bei der Entmachtung der Taliban unterstützten, sind heute Mitglieder der Regierung. Viele von ihnen verfügen jedoch weiterhin über große militärische Macht – was für den Frieden nichts Gutes verheißt. Sie sind zudem mächtig genug, den Anstrengungen des Präsidenten Karzai und seiner Technokraten bei der Staatsbildung entgegenzuwirken. Sie können Ressourcen in einem Ausmaß bündeln, das es ihnen erleichtert, den Wiederaufbau in ihrem eigenen Interesse zu beeinflussen, und zwar sowohl auf politischer als auch auf wirtschaftlicher Ebene. Inzwischen kehren die Taliban zurück und bringen vor allem im Süden die NATO in Bedrängnis. Deren Alliierte können sich nur schwer einigen, wer die schwere Bürde des Kampfeinsatzes tragen soll.<sup>20</sup> In manchen Fällen handelten die US-Streitkräfte in Afghanistan unabhängig von der NATO – und manchmal auch der Aufbauplanung entgegen. Zudem hat das Debakel, das der Einmarsch in den Irak nach sich zog, die Bereitschaft aller Alliierten, auch der USA und des Vereinigten Königreiches, verringert, große Truppenkontingente für humanitäre Zwecke einzusetzen. Das zeigt sich übrigens auch an den

<sup>18</sup> Tilman Brück (Hrsg.): „The Economic Analysis of Terrorism“, Routledge, Abingdon 2007.

<sup>19</sup> Tony Addison (Hrsg.): „From Conflict to Recovery“, Oxford University Press, Oxford 2003.

<sup>20</sup> Vgl. Tilman Brück, Olaf J. de Groot, Friedrich Schneider: „Eine erste Schätzung der wirtschaftlichen Kosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan“, Wochenbericht des DIW Berlin, 21. 2010, 2–11.

späten Reaktionen auf die Krisen im Sudan. Es gibt also Grund für ernsthafte Zweifel am Nutzen eines Militäreinsatzes zur Behebung von Fehlern, die in der Vergangenheit bei der Förderung von Frieden, Wohlstand und Mitbestimmung in Afghanistan begangen wurden.

## Fazit

Aus der voranstehenden kritischen Betrachtung lassen sich fünf Lehren ziehen.<sup>21</sup> Erstens ist politische Mitbestimmung ein zentraler Faktor für den erfolgreichen Übergang von einem gewalttätigen Konflikt zum Frieden. Das ergibt sich aus der Beobachtung, dass Frieden, Wohlstand und Mitbestimmung sich gegenseitig verstärken, auch wenn wir noch nicht genau wissen, auf welche Art diese Prozesse ineinander greifen. Anders ausgedrückt brauchen arme Länder, in denen vor kurzem ein gewalttätiger Konflikt zu Ende gegangen ist, mehrdimensionale Aufbauprogramme, die den zahlreichen Entwicklungsfaktoren Rechnung tragen. Dazu gehören etwa horizontale Ungleichheiten<sup>22</sup>, Geschlechterrollen, ethnische Differenzen und Gesundheit – um nur eine kleine Auswahl zu nennen. Werden diese für die Entwicklung eines Nachkriegslandes wichtigen Aspekte vernachlässigt, schlägt die Armutsbekämpfung mit großer Wahrscheinlichkeit fehl, was wiederum zu einem Mangel an Nachhaltigkeit führt.

Zweitens lässt sich die Lehre ziehen, dass ein ausgeglichener Wiederaufbau den drei Aspekten Frieden, Armutsbekämpfung und Schaffung staatlicher Handlungsmacht jeweils gleiches Gewicht verleihen muss. Die Erhaltung des Friedens ist ein Hauptziel in Nachkriegsländern, doch darf dies nicht vom (komplementären) Ziel ablenken, horizontale Ungleichheiten zu verringern, die Armut zu bekämpfen und arme Schichten in den Gesellschaftsvertrag zu integrieren, der das Fundament eines erfolgreichen und dauerhaften Friedens bildet. Der Wiederaufbau sollte daher an mehreren Fronten gleichzeitig ansetzen und der zentralen Problematik der staatlichen Handlungsmacht auf regionaler und nationaler Ebene besondere Beachtung schenken, damit die Bemühungen der Geberländer auf fruchtbaren Boden fallen.

Drittens dürfen bei den Maßnahmen zum Wiederaufbau die langfristigen Auswirkungen von gewalttätigen

Konflikten nicht vernachlässigt werden. Im Sinne eines nachhaltigen Friedens sollten die Wirtschaftsakteure davon abgehalten werden, unproduktiven und destruktiven Aktivitäten nachzugehen, die Frieden und Wohlstand gefährden. Direkt nach einem gewalttätigen Konflikt kann es wichtiger sein, unternehmerische Tätigkeiten in produktive und friedliche Bahnen zu lenken, als die Wirtschaft quantitativ anzukurbeln.<sup>23</sup>

Die vierte zu ziehende Lehre ist die Tatsache, dass die Förderung der staatlichen Handlungsmacht auch im Fall eines Wiederaufbaus, der auf die Kräfte des Marktes setzt, unverzichtbar ist. Die Stärkung der Staatsmacht ist ein vordringliches Erfordernis, wenn horizontale Ungleichheiten, wie etwa regionale Unterschiede, abgemildert werden sollen, die oft Ursache gewalttätiger Konflikte sind. Die jeweilige Zentralregierung – ganz zu schweigen von lokalen Behörden – ist dieser Aufgabe in vielen Fällen nicht gewachsen, so dass große Anstrengungen erforderlich sind, um auf Landesebene, aber auch regional, die erforderliche Autorität herzustellen.

Die letzte hier zu nennende Lehre besagt, dass externe Akteure durch die starke Integration der bestehenden Kriegsökonomien in die Weltwirtschaft sehr wohl Anreize setzen können, die zu Kooperation statt zu gewalttätigen Konflikten ermutigen. Länder, in denen sich ein gewalttätiger Konflikt abspielt oder die einen solchen gerade beendet haben, brauchen mehr internationale Unterstützung. Damit diese nachhaltig wirkt, muss die G20 mehr Ressourcen einsetzen und eine stärkere Lenkungsrolle übernehmen. Insbesondere folgende wichtige Maßnahmen sind in Erwägung zu ziehen: der Einsatz diplomatischer und militärischer Mittel zur Durchsetzung von Friedensabkommen; die Überwachung des Zustroms von Waffen, Söldnern und Kapital in Länder mit gewalttätigen Konflikten; und dringend notwendige Vorkehrungen gegen den Klimawandel, der starken Einfluss darauf haben könnte, wie sich gewalttätige Konflikte auf arme Länder auswirken. Es sind bedeutende Anstrengungen nötig, um die Vereinten Nationen und die Bretton-Woods-Institutionen zu reformieren, damit sie eine stärkere Wirkung entfalten und weltweit die erforderlichen öffentlichen Güter bereitstellen können, die die Grundlage für Frieden, Mitbestimmung und Wohlstand auch für die Ärmsten der Armen bilden. Wären diese fünf Lehren in Ländern wie Afghanistan, Somalia oder der Demokratischen Republik Kongo frühzeitig im Wiederaufbauprozess angewandt worden, dann wäre ein Scheitern dieser Staaten vielleicht vermieden worden.

JEL Classification:  
F51, H56, N40

Keywords:  
War,  
Peace,  
Reconstruction

<sup>21</sup> Vgl. Kommentar in dieser Ausgabe des Wochenberichts zur Anwendung dieser Lehren im Fall Afghanistan.

<sup>22</sup> Frances Stewart: „Policies towards Horizontal Inequalities in Post-Conflict Reconstruction“, in: Tony Addison und Tilman Brück (Hrsg.): „Making Peace Work: The Challenges of Social and Economic Reconstruction“, Palgrave Macmillan, Houndmills, Basingstoke 2009, 136–174.

<sup>23</sup> Vgl. Naudé, ebd.

## Veröffentlichungen des DIW Berlin

Amelie F. Constant, Annabelle Krause, Ulf Rinne, Klaus F. Zimmermann

### **Economic Preferences and Attitudes of the Unemployed: Are Natives and Second Generation Migrants Alike?**

In this paper we study the economic effects of risk attitudes, time preferences, trust and reciprocity while we compare natives and second generation migrants. We analyze an inflow sample into unemployment in Germany, and find differences between the two groups mainly in terms of risk attitudes and positive reciprocity. Second generation migrants have a significantly higher willingness to take risks and they are less likely to have a low amount of positive reciprocity when compared to natives. We also find that these differences matter in terms of economic outcomes, and more specifically in terms of the employment probability about two months after unemployment entry. We observe a significantly lower employment probability for individuals with a high willingness to take risks. Some evidence suggests that this result is channeled through reservation wages and search intensity.

#### **Discussion Paper Nr. 1088**

November 2010

Amelie Constant, Annabelle Krause, Ulf Rinne, Klaus F. Zimmermann

### **Reservation Wages of First and Second Generation Migrants**

This paper analyzes the reservation wages of first and second generation migrants. Based on recently collected and rich survey data of a representative inflow sample into unemployment in Germany, we empirically test the hypothesis that reservation wages increase from first to second generation migrants. Two extensions of the basic job search model, namely an unknown wage offer distribution and different reference standards, provide theoretical justifications for this conjecture. In both extensions, changing frames of reference are identified as a channel through which the phenomenon of increasing reservation wages may arise. In as far as language skills or selfevaluated returns to characteristics reflect a person's frames of reference, we find empirical support for this mechanism to be present.

#### **Discussion Paper Nr. 1089**

December 2010

#### **Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

#### **Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Alexander Kritikos  
(Vizepräsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### **Chefredaktion**

Dr. Kurt Geppert  
Carel Mohn

#### **Redaktion**

PD Dr. Elke Holst  
Susanne Marcus  
Manfred Schmidt  
Renate Bogdanovic

#### **Lektorat**

Dr. Kerstin Bernoth  
Dr. Kurt Geppert  
Dr. Christian Schmitt

#### **Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-897 89-249  
presse@diw.de

#### **Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805-19 88 88, 14 Cent/min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

#### **Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,-  
Einzelheft Euro 7,- (jeweils inkl.  
Mehrwertsteuer und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter leserservice@diw.de

#### **Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### **Druck**

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch  
auszugsweise – nur mit Quellenangabe und  
unter Zusendung eines Belegexemplars an  
die Stabsabteilung Kommunikation des  
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)  
zulässig.

Gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier



## Eine neue Strategie für Afghanistan

von Tilman Brück\*

Wenige kriegszerstörte Länder erhalten so viel mediale Aufmerksamkeit oder finanzielle Ressourcen wie Afghanistan. Trotzdem ist der Fortschritt im Bereich politische Mitbestimmung, wirtschaftliche Entwicklung und militärische Sicherheit bestenfalls sehr lückenhaft – und der Wiederaufbau im Vergleich zu anderen kriegszerstörten Staaten nicht unbedingt vorbildhaft.

Im Bereich der politischen Mitbestimmung lassen sich in Afghanistan im Vergleich zu den Zeiten des Taliban-Regimes deutliche Fortschritte erkennen – was jedoch nicht viel bedeutet. Die Tendenz der westlichen Geberländer, nach dem Einmarsch der Alliierten die Korruption und die Kriegsfürsten zunächst zu ignorieren, wirft noch heute seine Schatten. Politische Mitbestimmung wird so fundamental behindert.

Ähnliches gilt für die Armutsbekämpfung. Da die afghanische Wirtschaft stark von Hilfszahlungen und der Opiumproduktion abhängig ist, kann eine nachhaltige Armutsbekämpfung nicht stattfinden. Das Erbe der gewalttätigen Geschichte des Landes – gerade auch für die afghanischen Bürgerinnen und Bürger, die diese Last überwiegend tragen müssen – wird in der aktuellen Aufbaustrategie nicht ausreichend berücksichtigt.

Schließlich hat der Wiederaufbauprozess in Afghanistan Schlagseite zugunsten von

militärischen Zielen – sowie dem Erhalt des korrupten Regimes um jeden Preis. Dies führt dazu, dass der afghanische Staat weder die Legitimation noch die Fähigkeit oder die Kapazitäten hat, den Aufbau des Landes mit Hilfe marktwirtschaftlicher Kräfte voranzutreiben.

Mit Blick auf diese Anhäufung von verpassten Chancen, falschen Anreizen und erfolglosen Strukturen müssen wir endlich die Hoffnung aufgeben, dass der Wiederaufbau von Afghanistan mit militärischer Gewalt noch gelingen kann. Anders ausgedrückt: Die Überbetonung einer militärischen Lösung für Afghanistan zu Beginn des Alliierteneinsatzes hat möglicherweise den Grundstein für den Misserfolg der Mission gelegt.

Es ist an der Zeit, alternative Modelle eines Engagements für Afghanistan zu erwägen, die weniger auf militärische Kraft vertrauen. Dafür werden wir viele schwierige Fragen beantworten müssen – zum Beispiel wie ein Abkommen zur Teilung der Macht mit den Taliban gelingen kann. Wird es weiterhin Schulbildung für Mädchen in Afghanistan geben? Und wenn nicht, werden wir das Land trotzdem weiter unterstützen? So schwierig diese Fragen scheinen, so zeigen uns die Lehren aus vielen anderen Nachkriegsstaaten, dass Wiederaufbau und Entwicklung zwar große, aber nicht unlösbare Herausforderungen sind – wenn wir bereit sind, uns von der Doktrin des massiven militärischen Engagements zu lösen.

\* Prof. Dr. Tilman Brück ist Leiter der Abteilung Weltwirtschaft am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und Professor für Entwicklungsökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin.